AUSSCHUSS FÜR SOZIALES,
JUGEND UND GLEICHSTELLUNG DER
STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- Der Vorsitzende -

Marburg, 04.05.2016

Geschäftsstelle:
Fachdienst Soziale Leistungen, Herr Engler
Friedrichstr. 36
Tel.: 2 01 - 14 62
E-Mail: wolfgang.engler@marburg-stadt.de

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung
der Stadtverordnetenversammlung

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung der Stadtverordnetenversammlung

am Mittwoch, 11.05.2016, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg
Tel. Nr. 201 1260,

ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1 Antrag der Fraktionen Marburger Linke und Bündnis 90/Die Grünen betr. Nachhaltige Unterstützung und Integration Geflüchteter
Vorlage: VO/4811/2016

2 Antrag der Fraktionen Marburger Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Humanitärer Not begegnen und Geflüchtete aus Flüchtlingslagern aufnehmen
Vorlage: VO/4812/2016

3 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Roland Böhm
Vorsitzender

Wolfgang Engler
Geschäftsstelle

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: **VO/4811/2016** Status: öffentlich Datum: 02.05.2016
Antragstellende Fraktion/en:	B90/Die Grünen Marburger Linke

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktionen Marburger Linke und Bündnis 90/Die Grünen betr. Nachhaltige Unterstützung und Integration Geflüchteter

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, noch vor der Sommerpause gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, mit VertreterInnen der Religionsgemeinschaften, des Arbeitsmarkts sowie mit politisch Verantwortlichen (VertreterInnen der Fraktionen) Strukturen für eine Lebens- und Bleibeperspektive von Geflüchteten in Marburg zu entwickeln und entsprechende Maßnahmen zu erarbeiten. Sie sollen dazu beitragen, ein friedliches, menschenwürdiges und von wechselseitiger Achtung getragenes Zusammenleben der hier lebenden (zugewiesenen) Geflüchteten und der Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu gestalten.

Sachverhalt:

Obgleich bereits Ende letzten Jahres ein Runder Tisch zu dieser Thematik beschlossen wurde (eine Sitzung fand bisher noch nicht statt), hat es bisher keine ausreichenden Anstrengungen für eine Bleibekultur gegeben. Es ist dringlich, jetzt die Stadtgesellschaft in die Entwicklung eines dauerhaft guten Zusammenlebens in Marburg mit ein zu beziehen. Nur in Kooperation mit allen dabei Aktiven kann geklärt werden,

- welche Perspektiven wir den Menschen anbieten können, die oftmals jahrelang in einem ungesicherten Aufenthaltsstatus bei uns und mit uns leben,
- wie ein nachbarschaftliches Miteinander und gegenseitiges Verstehen gestaltet werden kann
- welche individuelle Hilfe und Begleitung dafür notwendig sind.

Dafür sind von den zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, den VertreterInnen der Religionsgemeinschaften, des Arbeitsmarkts sowie den politisch Verantwortlichen als Grundlage die gemeinsamen Zielvorstellungen zu benennen.

Für die Geflüchteten sind die erforderlichen Unterstützungsleistungen zu identifizieren sowie die dafür jeweils zuständigen Akteure im haupt- und ehrenamtlichen Bereich. Es ist zu klären, welche Unterstützung durch wen gewährt werden kann und soll, z.B. bei Fragen des Wohnens, des Erlernens der Sprache, der Kinderbetreuung, des Schulbesuchs, der beruflichen Bildung, der Arbeitsaufnahme usw.

Marburg hat gezeigt, dass Politik, Verwaltung, Institutionen und Bürgerinnen und Bürger an einem Strang ziehen, wenn es darum geht, einen Beitrag zur menschenwürdigen Aufnahme von Flüchtlingen zu leisten. Diese Kompetenz und Bereitschaft gilt es auch für die Integration der dauerhaft zugewiesenen und bei uns lebenden Flüchtlinge zu nutzen.
Das Ziel soll sein, den Menschen unabhängig von ihrem Status und Herkunftsland ein dauerhaftes Bleiben in Marburg zu ermöglichen.

Wie eine Kommune und die Zivilgesellschaft mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen umgeht, ist nicht zuletzt auch eine Frage, wie ernst sie die Menschenrechte nehmen. Wir sollten das uns Mögliche unternehmen, auch die Chancen von Zuwanderung sichtbar zu machen und ein positives Beispiel setzen, dass wir jenseits der Frage von Unterkünften und Sozialleistungen bereit sind, das gemeinsame Leben in dieser Stadt zu gestalten.

Dr. Christa Perabo
Bündnis 90/Die Grünen

Roland Böhm
Marburger Linke

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: **VO/4812/2016** Status: öffentlich Datum: 02.05.2016
Antragstellende Fraktion/en:	SPD B90/Die Grünen Marburger Linke

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktionen Marburger Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Humanitärer Not begegnen und Geflüchtete aus Flüchtlingslagern aufnehmen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Aufgrund der derzeitigen humanitären Katastrophe in Idomeni an der mazedonischen Grenze und in anderen provisorischen Flüchtlingslagern in Griechenland wird der Magistrat gebeten, an das Land Hessen zu appellieren, seine Bereitschaft zu erklären, schnellstmöglich eine große Anzahl von Flüchtlingen aufzunehmen. Die Stadt Marburg stellt zur sofortigen Aufnahme von Geflüchteten aus diesen Flüchtlingslagern 200 Plätze bereit.

2. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu dem humanitären Gebot, Menschen in Not Schutz zu gewähren und kritisiert die Verschärfung des Grundrechts auf Asyl sowie die zunehmende Abschottungspolitik in Deutschland und Europa.

3. Die Stadtverordnetenversammlung bedankt sich bei der überwältigenden Zahl ehrenamtlicher Helfer/innen sowie den Kolleg/innen in der Stadtverwaltung, die mit ihrem täglichen Einsatz wesentlich mit dazu beitragen, dass die Situation der geflohenen Menschen in Marburg erträglich gestaltet wird.

Sachverhalt:

In einem offenen Brief haben sich ehrenamtliche Helfer/innen für den dauerhaften Erhalt der Erstaufnahmeeinrichtung in Cappel ausgesprochen und auf die vielen Unterstützungs- und

Betreuungsangebote hingewiesen, die derzeit, aufgrund der Abschottungspolitik Deutschlands und der Europäischen Union, nicht ausgelastet sind. Während Marburg, wie es Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies formuliert, in der Lage sei, ‚mehr Menschen aufzunehmen und zu unterstützen als zurzeit nach Marburg kommen', müssen tausende Geflüchtete in provisorischen Lagern unter menschenunwürdigen Bedingungen ihr Dasein fristen und aufgrund des Abkommens der EU mit der Türkei befürchten in die Türkei zurückgeführt zu werden. Diese Menschen sind in der Türkei jedoch nicht sicher vor rechtswidrigen Abschiebungen in ihre Herkunftsländer. Aus diesen Ländern sind die Menschen wiederum aufgrund von Bürgerkriegen und humanitären Missständen geflohen.
Die Universitätsstadt Marburg kann mit der sofortigen zusätzlichen Aufnahme von 200 Geflüchteten ein Zeichen setzen. Konkret würden diese 200 Menschen aus den bedrückenden und unwürdigen Lebensumständen in den provisorischen Lagern herausgeholt werden. Die Erstaufnahmeeinrichtung in Marburg-Cappel ist zurzeit nicht ausgelastet und hat somit Kapazitäten frei, um hilfsbedürftige Geflüchtete aufzunehmen und ihnen in Marburg dauerhaft Schutz zu bieten.

Jan Schalauske	**Matthias Simon**	**Dietmar Göttling**
Marburger Linke	SPD	Bündnis 90/Die Grünen